

## **Tarifanwendungs- und Einnahmenaufteilungsvertrag (TEV)**

für den Baden-Württemberg-Tarif

zwischen den Verkehrsunternehmen und der Baden-Württemberg-Tarif GmbH

### **Präambel**

Dieser Vertrag für den Baden-Württemberg-Tarif regelt zwischen den unterzeichnenden Verkehrsunternehmen (Verkehrsunternehmen) die Tarifanwendung sowie die Durchführung der Aufteilung der Einnahmen aus der Anwendung des Baden-Württemberg-Tarifs. Dieser Vertrag legt auch die Grundlagen für die hierzu von der Baden-Württemberg-Tarif GmbH (Gesellschaft) für die Verkehrsunternehmen zu erbringenden Leistungen fest. Regelungen aus Verkehrsverträgen, Finanzierungszusagen und sonstigen Vereinbarungen zwischen Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen bleiben hierdurch unberührt.

### **Grundsätze**

#### **§ 1**

#### **Rahmenbedingungen**

- (1) Die Vertragspartner bleiben, unbeschadet der Bestimmungen dieses Vertrages, rechtlich selbständig und Träger der sich aus Gesetzen, Verordnungen, öffentlich-rechtlichen Genehmigungen und der sich aus anderweitig bestehenden vertraglichen Regelungen ergebenden Rechte und Pflichten. Sie stimmen darüber ein, dass durch diesen Vertrag keine eigene oder neue Gesellschaft begründet werden soll.
- (2) Die Hauptziele des Baden-Württemberg-Tarifs sind die Erhöhung des Kundennutzens durch ein einfaches und kundenfreundliches Tarif- und Vertriebssystem mit landesweit durchgängiger Nutzung von Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und öffentlichen Straßenpersonenverkehr (ÖSPV) sowie die Weiterentwicklung von wettbewerbsneutralen Tarifstrukturen im Verbundüberschreitenden öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Diese Ziele sollen u. a. durch eine für Fahrgäste attraktive und gleichzeitig erlösorientierte Tarifkonzeption erreicht werden. Im Zielzustand sollen alle Verbundüberschreitenden Fahrten im ÖPNV auf Straße und Schiene mit Start und Ziel im Geltungsbereich des Baden-Württemberg-Tarifs mit einem durchgehenden Fahrausweis durchgeführt werden können. Das Fahrscheinsortiment, die fahrausweisspezifischen Geltungsbereiche, die Regelungen zur Anschlussmobilität, die Preisstufen und Preise

sowie weitere konkretisierende Festlegungen zum Tarif sind im Tarifkonzept (vgl. Anlage B1) geregelt.

- (3) Innerhalb des Geltungsbereichs des Baden-Württemberg-Tarifs verpflichten sich die Verkehrsunternehmen auf die ausschließliche Anwendung des Baden-Württemberg-Tarifs. Der Baden-Württemberg-Tarif gilt nicht für Fahrten im Durchgangsverkehr sowie für in den Geltungsbereich ein- oder ausbrechende Fahrten mit Ausnahme der im Tarifkonzept explizit benannten Streckenkorridore.

Für einzelne Relationen im Geltungsbereich des Baden-Württemberg-Tarifs kann, nach entsprechendem Beschluss des Baden-Württemberg-Tarif-Ausschusses, eine verkehrsunternehmensspezifische Anpassung der Tarifenfernung vorgesehen werden. Hierzu ist jeweils ein auf den Grundsätzen des Baden-Württemberg-Tarifs beruhendes Regelwerk auszuarbeiten und anschließend im Tarifkonzept aufzunehmen.

- (4) In diesem Vertrag wird nachfolgend insbesondere geregelt, welche Einnahmen im Geltungsbereich des Baden-Württemberg-Tarifs als solche des Baden-Württemberg-Tarifs anzusehen (Aufteilungsmasse), wie diese aufzuteilen (Einnahmenaufteilung) und welche Vertriebskosten (Provisionen) von der Aufteilungsmasse vor der Einnahmenaufteilung abzuziehen sind. Innerhalb des Geltungsbereichs des Baden-Württemberg-Tarifs verpflichten sich die Verkehrsunternehmen hierzu auf nachfolgende Regelungen:

- a. Im Baden-Württemberg-Tarif besteht der den Kunden gegenüber offerierte Gesamtpreis aus einem Preisbestandteil des Verbundüberschreitenden Verkehrs und einem Preisbestandteil der Anschlussmobilität. Gegenstand dieses Vertrages sind die Einnahmen aus dem Preisbestandteil des Verbundüberschreitenden Verkehrs (Einnahmenanteil Verbundüberschreitender Verkehr). Dieser wird im ersten Schritt der Einnahmenaufteilung von den Einnahmen von dem Preisbestandteil der Anschlussmobilität (Einnahmenanteil Anschlussmobilität) abgegrenzt und anschließend zwischen den Verkehrsunternehmen aufgeteilt. Hierzu werden die Regelungen der in den Anlagen B8.1 und B3 beigefügten Durchführungsrichtlinien zum Einnahmenaufteilungsverfahren (EAV) in ihrer jeweils aktuellen Fassung vollumfänglich anerkannt. Diese werden durch die Gesellschaft fortentwickelt und den Verkehrsunternehmen zur Kenntnis und Beachtung gegeben.
- b. Für den Einnahmenanteil Anschlussmobilität wird die Einnahmenaufteilung im Vertrag zur Anschlussmobilität (vgl. Anlage B8) geregelt. Der Vertrag zur Anschlussmobilität beinhaltet u.a. die Einnahmenaufteilung

1. zwischen dem Einnahmenanteil Anschlussmobilität sowie dem Einnahmenanteil verbundüberschreitender Verkehr (vgl. Anlage B8.1) sowie
  2. des Einnahmenanteils Anschlussmobilität selbst (vgl. Anlage B8.2).
- (5) Zur Unterstützung einer konsistenten Tarifdurchführung und eines einheitlichen Außenauftritts werden mit diesem Vertrag neben dem o.g. Tarifkonzept und den o.g. EAV-Durchführungsrichtlinien die nachfolgend benannten ergänzenden Regelungen im Bereich Vertrieb, Kommunikation, technische Infrastruktur, Marktforschung sowie Organisation zur Kenntnis gegeben: Vertriebskonzept einschließlich technischem Konzept und Lizenzierungsvertrag E-Ticket Vertrieb (Anlage B4), Kommunikationsrichtlinie (Anlage B5), Durchführungsrichtlinie zur Marktforschung (Anlage B6) sowie Organisationskonzept (Anlage B7), Vertrag zur Anschlussmobilität (Anlage B8) sowie sonstige Kooperationsverträge (Anlage B9). Diese Dokumente sind diesem Vertrag in der Anlage beigelegt. Die hierin von der Gesellschaft fixierten Regelungen bzw. Dokumente werden durch alle Vertragspartner in ihrer jeweils aktuellen Fassung vollumfänglich anerkannt.
- (6) Die Anerkennung des Baden-Württemberg-Tarifs ist in den jeweils geltenden Beförderungsbedingungen der Verkehrsunternehmen zu berücksichtigen.
- (7) Im Falle der Mitgliedschaft von Verkehrsunternehmen in Verkehrsverbünden, welche Partner des Vertrages zur Anschlussmobilität sind, bemühen sich die Verkehrsunternehmen, soweit sie ihren Einfluss geltend machen können, in diesen Verkehrsverbünden auf Beschlussfassungen im Sinne des Baden-Württemberg-Tarifs, auf möglichst reibungslose Schnittstellen zum Baden-Württemberg-Tarif sowie auf die Vermeidung einer Unterlaufung des Baden-Württemberg-Tarifs hinzuwirken. Das gilt auch insoweit, als sie ihren Einfluss auf andere Unternehmen und Institutionen geltend machen können.

## **§ 2**

### **Leistungen der Gesellschaft für die Verkehrsunternehmen**

- (1) Die Gesellschaft wird als neutrale „Clearing-Stelle“ mit (i) der Abgrenzung des Einnahmeanteils Anschlussmobilität vom Einnahmenanteil Verbundüberschreitender Verkehr sowie (ii) der Einnahmenaufteilung für den Einnahmenanteil Verbundüber-

schreitender Verkehr vollumfänglich beauftragt. Als Aufgaben sind in diesem Zusammenhang unter Beachtung der konkretisierenden EAV-Durchführungsrichtlinien insbesondere zu nennen:

- a. die statistische Erfassung und Aufbereitung der Absatz- und Umsatzzahlen,
- b. die vorläufige unterjährige Abrechnung sowie die Erstellung von zugehörigen Berichten,
- c. die Erstellung einer für jedes Verkehrsunternehmen nachvollziehbaren endgültigen Einnahmenaufteilungsrechnung auf der Grundlage testierter Jahresmeldungen sowie die Übermittlung an das jeweilige Verkehrsunternehmen unter Angabe von Zahlungsverpflichtungen nebst Erstellung von zugehörigen Berichten,
- d. der Ausweis der getrennten Stückzahlen verkaufter Fahrausweise sowie zugehöriger Bruttofahrgeldeinnahmen (einschließlich der gesetzlichen Umsatzsteuer) für etwaige Anträge auf Gewährung eines Ausgleiches entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen (§ 45a PBefG, §148 SGB IX, § 6a AEG etc.) einschließlich etwaiger landesgesetzlicher Regelungen, sofern hierzu der Bedarf besteht,
- e. die Anweisung an die Verkehrsunternehmen zur Auslösung der vorläufigen und endgültigen Zahlungen zum Kassenausgleich,
- f. die Beauftragung bzw. Einbindung zusätzlicher Leistungen von Gutachtern und Beratern zur Beratung sowie zum Zwecke der Marktforschung einschließlich der diesbezüglichen, nach Beschluss im Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss erfolgenden Beauftragung von Verkehrsunternehmen und Aufgabenträgern,
- g. die Unterstützung der Verkehrsunternehmen im Bereich Betreuung und Moderation von Entscheidungsfindungen untereinander, auch bei Widersprüchen zur Einnahmenaufteilung sowie
- h. weitere von den Verkehrsunternehmen mit diesem Vertrag oder anderweitig gemeinsam beauftragte Leistungen.

Hierbei kann die Gesellschaft operative und technische Anpassungen in der Einnahmenaufteilung, die insgesamt keine besondere erlösrelevante Wirkung haben, nach Zustimmung der betroffenen Verkehrsunternehmen und Information des zuständigen, bei der Gesellschaft eingerichteten Arbeitskreises allein vornehmen. Die Änderung der Grundsystematik der Einnahmenaufteilung bedarf der Zustimmung der Verkehrsunternehmen.

Die Gesellschaft wird ferner beauftragt,

- i. alle im Zusammenhang mit dem Baden-Württemberg-Tarif erforderlichen Anträge bei den gemäß AEG bzw. PBefG zuständigen Genehmigungsbehörden im Namen der Verkehrsunternehmen zu stellen, sowie die Veröffentlichung der genehmigten Tarif- und Beförderungsbestimmungen vorzunehmen.
- j. die Abwicklung etwaiger Assoziierungs- und Kooperationsverträge zu diesem Tarifierfassungs- und EAV-Durchführungsvertrag wahrzunehmen und
- k. bei Änderungen dieses Vertrages einschließlich seiner Anlagen alle Verkehrsunternehmen zu informieren und den jeweils aktuellen Stand dieser Dokumente in einem passwortgeschützten Online-Informationsportal für die Verkehrsunternehmen verfügbar zu halten.

(2) Die Gesellschaft hat für die Verkehrsunternehmen, unter Beachtung der Regelungen dieses Vertrages einschließlich seiner Anlagen, die Verhandlungen über die Bildung von etwaigen Übergangs-, Kragen und Anerkennungstarifen und Kombitickets sowie über die Weiterentwicklung des Vertrages zur Anschlussmobilität und über den Abschluss sonstiger Vereinbarungen gemäß § 4 Absatz 1 zu führen. Dies schließt auch einen Vertrag zur Anerkennung der BahnCard im Baden-Württemberg-Tarif, Lizenzierungsverträge zum E-Ticket Vertrieb sowie sonstige Kooperationsverträge im Bereich Tarif, Einnahmenaufteilung, Vertrieb, Kommunikation und Marktforschung zum Baden-Württemberg-Tarif ein. Sie hat diese Verträge bzw. etwaige Anpassungen auch für die Verkehrsunternehmen zu unterzeichnen. Sie handelt hierbei im direkten Auftrag, im Namen und auf Rechnung der Verkehrsunternehmen. Verhandlungspartner können sein: (i) Verkehrsverbünde, (ii) Verkehrsgemeinschaften, (iii) Tarifgemeinschaften, (iv) dem Baden-Württemberg-Tarif nicht angehörende Verkehrsunternehmen und/oder Gebietskörperschaften und (v) Verkehrsunternehmen, bei denen Anteile der von diesen betriebenen Leistungen außerhalb des Geltungsbereichs des Baden-Württemberg-Tarifs liegen sowie sonstige Dritte. Der Neuabschluss sowie die Anpassung dieser Verträge durch die Gesellschaft bedürfen grundsätzlich der Zustimmung des Baden-Württemberg-Tarif-Ausschusses.

(3) Die Gesellschaft soll alle eingehenden Beschwerden zum Baden-Württemberg-Tarif aufnehmen und den jeweils zuständigen Facharbeitskreisen der Gesellschaft mindestens einmal jährlich in einer zusammenfassenden, themenbezogenen Auswertung präsentieren. Hierfür werden die Verkehrsunternehmen alle eingehenden Beschwerden zum Baden-Württemberg-Tarif mittels entsprechender Prozessvorgaben der Gesell-

schaft spätestens zum Ende des dem Beschwerdeeingang folgenden Monats an die Gesellschaft weiterleiten.

- (4) Die Gesellschaft soll, soweit wirtschaftlich für die Gesellschaft vertretbar, Änderungen bezüglich wichtiger Prozessvorgaben, Fristen, Datenanforderungsvorgaben, Formblättern etc. an der Schnittstelle zwischen Verkehrsunternehmen und Gesellschaft vor Anwendung im Hinblick auf bestehende Regelungen der Verkehrsunternehmen aus Verkehrsdienstverträgen im zuständigen Facharbeitskreis der Gesellschaft abstimmen.
- (6) Soweit nicht anders bestimmt ist bei nach diesem Vertrag fristgebundenen und sonstigen Dienstleistungen der Gesellschaft die Übermittlung auf elektronischem Wege (z.B. E-Mail) ausreichend.
- (7) Die Gesellschaft hat bei der Erbringung von Dienstleistungen gegenüber den Verkehrsunternehmen transparent sowie unternehmens-, interessen- und wettbewerbsneutral zu handeln.

### **§ 3**

#### **Finanzierung der Leistungen der Gesellschaft für die Verkehrsunternehmen**

- (1) Die bei der Gesellschaft im Zusammenhang mit § 2 entstehenden Kosten werden durch die Verkehrsunternehmen als Kosten für die Administration der Einnahmenaufteilung entsprechend den nachfolgenden Regelungen getragen. Dies schließt insbesondere auch alle direkt mit der Einnahmenaufteilung anfallenden Kosten im Bereich von Personal, EDV-/Software, Kommunikation/Information zur Einnahmenaufteilung, Marktforschung (Erhebungen, Studien, Gutachten etc.), Genehmigungsverfahren und Beratung nebst weiterer ggf. anteilig entstehender externer Kosten (z.B. Vertriebskosten externer Vertriebsdienstleister) zuzüglich anteiliger Gemeinkosten ein.
- (2) Die Kosten für die Administration der Einnahmenaufteilung werden durch die Verkehrsunternehmen anteilig im Verhältnis der Einnahmenaufteilung entsprechend der abschließenden Jahresendabrechnung des betreffenden Kalenderjahres getragen (Kostenanteil).
- (3) Die Höhe der Kosten für die Administration der Einnahmenaufteilung wird jährlich vorab im Zuge der Wirtschaftsplanung der Gesellschaft durch den Baden-Württemberg-

Tarif-Ausschuss überprüft und durch die Geschäftsführung unter Berücksichtigung der Empfehlung des Baden-Württemberg-Tarif-Ausschusses bedarfsbezogen, entsprechend der voraussichtlichen Kostenentwicklung, festgesetzt und anschließend mittels Anlage A1 gegenüber den Verkehrsunternehmen bis zum 15.10. eines jeden Jahres für das Folgejahr bekannt gemacht. Hierbei sind von Jahr zu Jahr steigende oder sinkende Kosten für die Administration der Einnahmenaufteilung ebenso möglich wie eine für bis zu drei Jahre fixierte Höhe dieser Kosten. Die Höhe dieser Kosten für die ersten drei Geschäftsjahre nach dem marktseitigen Start des Baden-Württemberg-Tarifs wird gemäß Anlage A7 vereinbart. Grundlage sind der Wirtschaftsplan des ersten Geschäftsjahres der Gesellschaft und die zugehörige vorausschauende Planung für den darauffolgenden Dreijahreszeitraum. Die Wirtschaftsplanung des ersten Geschäftsjahres im Bereich der Kosten für die Administration der Einnahmenaufteilung soll auch einen angemessenen Betrag für die Erarbeitung von ergänzenden Grundlagen für die Einnahmenaufteilung im Bereich der Marktforschung und/oder Beratung enthalten. Wird dieser Betrag in den Folgejahren über- oder unterschritten, so hat die Gesellschaft den verbleibenden Restbetrag in den jeweils folgenden drei Geschäftsjahren in der Abrechnung mit den Verkehrsunternehmen mit den dann tatsächlich anfallenden Beträgen gleichmäßig zu verrechnen.

- (4) Die Höhe der durch die Geschäftsführung im Einvernehmen mit dem Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss jährlich vorab festzulegenden Kosten für die Administration der Einnahmenaufteilung (EA-Administration) ist durch den voraussichtlichen Bedarf der Gesellschaft gemäß Wirtschaftsplan einerseits und einen fixen maximalen jährlichen Gesamtbeitrag (Budgetobergrenze EA-Administration) andererseits begrenzt. Ausgangspunkt für die nachfolgenden Regelungen sind die Kosten für die Administration der Einnahmenaufteilung nach Absatz 3 für das dritte volle Geschäftsjahr.
- (5) Grundlage der jährlichen Anpassung der Budgetobergrenze EA-Administration des betreffenden Jahres ist die prozentuale Veränderung der jährlichen Aufteilungsmasse gemäß § 4 gegenüber dem Vorjahr. Die Budgetobergrenze EA-Administration darf gegenüber dem Vorjahr maximal entsprechend der im gleichen Jahr festgestellten prozentualen Veränderung der Aufteilungsmasse steigen. Bei gleichbleibender oder sinkender Aufteilungsmasse verändert sich die Budgetobergrenze EA-Administration entsprechend. Eine laufende Steuerung des eigenen Budgetrahmens ist durch die Gesellschaft auf Basis von regelmäßig aktualisierten Prognosen der Entwicklung der Aufteilungsmasse sicherzustellen. Hiervon abweichend kann für kleine Verkehrsunternehmen gemäß § 6 Absatz 8 durch den Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss der zu tra-

gende Kostenanteil im Rahmen eines vereinfachten Prozesses auf eine jährliche, ggf. nach Unternehmensgrößen gestaffelte Grundpauschale begrenzt werden. Die aktuelle Höhe wird in Anlage A2 ausgewiesen. Diese Grundpauschale soll den Einnahmenanteil des „kleinen Verkehrsunternehmens“ mit dem kleinsten Einnahmenanteil regelmäßig jeweils nicht überschreiten. Bei Anwendung des vereinfachten Prozesses werden die nach Abzug der Grundpauschale(n) verbleibenden Kosten für die Administration der Einnahmenaufteilung von den übrigen Verkehrsunternehmen anteilig im Verhältnis der Einnahmenaufteilung des betreffenden Kalenderjahres getragen.

- (6) Eine über die Budgetobergrenze EA-Administration hinausgehende vorübergehende oder dauerhafte Erhöhung der jährlichen Kosten für die Administration der Einnahmenaufteilung bedarf einer Zustimmung des Baden-Württemberg-Tarif-Ausschusses. Sie ist durch die Gesellschaft herbeizuführen, sobald die Notwendigkeit hierfür absehbar wird.
- (7) Die Leistungen der Gesellschaft gemäß Absatz 1 sind, sofern keine kürzeren gesetzlichen Fristen vorgesehen sind, nach Abschluss eines Kalenderjahres bis zum 30.09. des Folgejahres umsatzsteuerpflichtig an die Verkehrsunternehmen in Rechnung zu stellen.
- (8) Abschlagszahlungen sind entsprechend den Ergebnissen von Absatz 3 für das jeweilige Jahr in zwölf gleichen Raten jeweils am dritten Werktag eines Monats an die Gesellschaft zu leisten. Als Werktag gelten hier und nachfolgend alle in den Zeitraum Montag bis Freitag fallenden Tage, ausgenommen Feiertage. Eine Endabrechnung soll dann jeweils nach Ablauf des Geschäftsjahres bis zum 30.09. des Folgejahres erfolgen. Diese Endabrechnung enthält einen testierten Bericht oder einen Auszug aus dem geprüften Jahresabschluss des Vorjahres der Gesellschaft, welcher die ordnungsgemäße Verwendung der Vergütungen der Verkehrsunternehmen für erbrachte Leistungen nachweist.
- (9) Kommen Verkehrsunternehmen ihren Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht nach, werden von der Gesellschaft die gesetzlichen Verzugszinsen nach § 288 Absatz 2 BGB verschuldensunabhängig und ohne Mahnfrist erhoben. Im Wiederholungsfalle wird zusätzlich der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss informiert.

## **Grundlagen der Einnahmenaufteilung**

### **§ 4**

#### **Aufteilungsmasse**

(1) Zur Aufteilungsmasse des Baden-Württemberg-Tarifs gehören, sofern diese nicht nach Absatz 2 ausgenommen sind:

- a. Bruttofahrgeeldeinnahmen aus allen nach dem Baden-Württemberg-Tarif ausgebenen Fahrausweisen einschließlich Sonderangeboten sowie einschließlich Übergangs-, Kragen und Anerkennungstarife sowie Kombitickets und sonstige Vereinbarungen für den Geltungsbereich gemäß § 1 Absatz 2 und 3, vermindert um rückvergütete Bruttofahrgeeldeinnahmen sowie
- b. Fahrgeldersatz durch Dritte für Leistungen im Anwendungsbereich des Baden-Württemberg-Tarifs wie z.B. Erstattungen für pauschalisierte Sondertickets im Freizeitverkehr durch einen öffentlichen oder privaten Dritten.

Sonstige Vereinbarungen sind z. B. über den Geltungsbereich des Baden-Württemberg-Tarifs hinausgehende Sonderangebote und die Anerkennung von Angeboten einzelner Eisenbahnverkehrsunternehmen.

Die Aufteilungsmasse wird durch die Gesellschaft entsprechend der Regelungen in Anlage B8.1 in die Einnahmenanteile Verbundüberschreitender Verkehr und Anschlussmobilität aufgeteilt. Etwaige Freifahrtscheine sind durch den Veranlasser auf eigene Kosten zu erwerben und als Freifahrtschein auszugeben, die zugehörigen Erlöse gehen in die o. g. Aufteilungsmasse ein. Gegenseitig gewährte Freifahrtrechte im Rahmen von Regelungen zwischen einzelnen Verkehrsunternehmen außerhalb dieses Vertrages bleiben hiervon unberührt.

(2) Nicht der Einnahmenaufteilung unterliegen:

- a. das erhöhte Beförderungsentgelt,
- b. gesetzliche Ausgleichszahlungen (z.B. nach § 45a PBefG, § 148 SGB IX, § 6a AEG, etc.) einschließlich etwaiger Ausgleichszahlungen aus Nachfolgeregelungen und/oder nach geltenden landesgesetzlichen Regelungen sowie aus allgemeinen Vorschriften nach VO EG 1370/2007,
- c. Gebühren, die für Verwaltungshandlungen anfallen (z.B. für Erstattungen oder das Ausstellen von Ersatzkarten),
- d. Einnahmen aus Fahrkarten weiterer Tarife, die nicht unter Absatz 1 fallen,

- e. Einnahmen aus der Abgeltung von Leistungen aus Verkehrsverträgen bzw. Öffentlichen Dienstleistungsaufträgen und sonstigen Vereinbarungen mit Bestellern sowie
- f. sonstige allgemeine, nicht direkt fahrdienstleistungsbezogene betriebswirtschaftliche Erlöse (Werbeeinnahmen etc.).

Etwaige zwischen Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen vereinbarte Ausgleichszahlungen für durch den Baden-Württemberg-Tarif ggf. bedingte Minder- oder Zusatzerträge sind nicht Gegenstand dieses Vertrages und sind bei Bedarf gesondert zu regeln.

- (3) Ergeben sich im Geltungsbereich des Baden-Württemberg-Tarifs sonstige fahrgastbezogene Einnahmen aus der Verkehrsbedienung der Verkehrsunternehmen im öffentlichen Linienverkehr, die weder Absatz 1 noch Absatz 2 bzw. weder dem Einnahmenanteil Anschlussmobilität noch dem Einnahmenanteil verbundüberschreitender Verkehr zugeordnet werden können, so wird die Zuordnung dieser Einnahmen sachgerecht und nach pflichtgemäßem Ermessen durch die Geschäftsführung der Gesellschaft nach billigem Ermessen festgelegt. Ab einem vom Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss festzulegenden Schwellenwert von Bruttofahrgeldeinnahmen von mindestens 1.000 Euro p.a. ist die Zustimmung des Facharbeitskreises Tarif/EAV, ab einem vom Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss festzulegenden Schwellenwert von Bruttofahrgeldeinnahmen von mindestens 10.000 Euro ist die Zustimmung des BWTA erforderlich. Zum Einnahmenanteil Anschlussmobilität erfolgt durch die Gesellschaft vorab auch eine Abstimmung mit Vertretern der Verbünde.
- (4) Die wesentlichen Aspekte der Methodik sowie des verfahrensmäßigen Ablaufs der Aufteilung des Einnahmenanteils verbundüberschreitender Verkehr werden nachfolgend dargestellt und in der beigefügten EAV-Durchführungsrichtlinie konkretisiert.

## **§ 5**

### **Vorgehensweise der Einnahmeverteilung**

- (1) Im Baden-Württemberg-Tarif werden die Gesamterlöse entsprechend der Aufteilungsmasse leistungsgerecht auf alle Verkehrsunternehmen des SPNV und ÖSPV verteilt.
- (2) Die Versteuerung obliegt den Verkehrsunternehmen. Dies schließt die Zuordnung der Umsatzsteuer-Sätze zu den Preisstufen mit ein. Die Gesellschaft erstellt hierzu eine

Handreichung und entwickelt diese bedarfsbezogen fort. Die Verkehrsunternehmen können die Gesellschaft auch mit der Vorbereitung der operativen Abrechnung der Umsatzsteuer beauftragen.

Die Gesellschaft wird die Handreichung und die Handlungsoptionen für die Vorbereitung der operativen Abrechnung in Abstimmung mit vom Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss benannten Steuerfachleuten ausgewählter Verkehrsunternehmen bis zum marktseitigen Start und anschließend nach Bedarf überprüfen und dem Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss jeweils einen Vorgehensvorschlag unterbreiten.

- (3) Die Aufteilung der Aufteilungsmasse erfolgt durch ein modulares System. Als Grundlage der Aufteilung dienen die Vertriebsinformationen der Verkehrsunternehmen und weiterer externer Vertriebspartner, wie z.B. Verbünde, Lizenznehmer, sonstige Kooperations- und Assoziierungspartner. Die Gesellschaft stellt sicher, dass die fristgerechten Zahlungen der externen, nicht über ein Verkehrsunternehmen eingebundenen Vertriebspartner unverzüglich nachgewiesen werden. Sie kann hierzu ein gesondertes Clearingkonto bei der Gesellschaft einrichten, über das die Zahlungen der externen Vertriebsdienstleister gebündelt mit der Einnahmenaufteilung der Verkehrsunternehmen abgewickelt werden. Die Gesellschaft kann auch weitere gesonderte Clearingkonten bei der Gesellschaft einrichten, über die Zahlungen im Rahmen der Einnahmenaufteilung zur Anschlussmobilität gemäß § 1 Abs. 4 b und weitere Kooperationsverträge gemäß § 2 Abs. 2 gebündelt abgewickelt werden.

Die Umsätze für relationsbezogene Fahrausweise mit unterschiedlichen Quell-Ziel-Beziehungen werden einzeln erfasst und gemäß Abs. 4 und 5 aufgeteilt. Für Fahrkartenarten, für die keine Informationen zu Quell-Ziel-Beziehungen existieren, sind durch die Gesellschaft ergänzende Erhebungen mit dem Ziel vorzunehmen, den prozentualen Anteil jedes Verkehrsunternehmens an diesen Einnahmen zu bestimmen. Die Methodik gemäß EAV-Durchführungsrichtlinie sowie Durchführungsrichtlinie zur Marktforschung (vgl. Anlagen B3 sowie B6) soll durch die Gesellschaft hierzu so weiterentwickelt werden, dass die Einnahmenaufteilung weitgehend anhand von Vertriebsinformationen möglich ist. Ziel ist eine Begrenzung der Erhebungen auf die regelmäßige Überprüfung von Modellannahmen. Bei Erhebungen im eigenen Bedienungsbereich werden die Verkehrsunternehmen der bzw. dem hierzu Beauftragten der Gesellschaft die notwendige Unterstützung einschließlich des freien Zugangs zu den eigenen Verkehrsmitteln gewähren. Zusätzlich soll nach Möglichkeit auf vorhandene Datenquellen, z.B. verkehrsvertraglich durchzuführende Erhebungen und Daten aus Fahrgastzählsystemen, zurückgegriffen werden. Die VU stellen die für die Einnahmenaufteilung erforderlichen Daten in der jeweils aktuellsten Version vollständig, spätestens zusammen mit

den übrigen, für die Jahresabrechnung des betreffenden Geschäftsjahres zur Verfügung. Hierzu erteilen die Verkehrsunternehmen den betreffenden Verkehrsverbünden, Aufgabenträgern und Dienstleistern die Erlaubnis, die betreffenden Daten auch direkt an die Gesellschaft zu übermitteln. Die Gesellschaft kann diese Daten, unter Berücksichtigung der Vertraulichkeit gemäß § 11, treuhänderisch nutzen und auch unterjährig anfordern.

- (3) Der Einnahmenanspruch eines Verkehrsunternehmens stellt die Summe der Einzelaussprüche in allen Teilsegmenten in einem Kalenderjahr dar.
- (4) Die Aufteilung des Einnahmenanteils verbundüberschreitender Verkehr für relationsbezogene Einzelfahrausweise und weitere im Baden-Württemberg-Tarif vorgesehene relationsbezogene Fahrausweisarten erfolgt mit einem analytischen Verfahren. Dieses ist in der EAV-Durchführungsrichtlinie in Anlage B3 beschrieben. Für relationslose Tickets wird durch die Gesellschaft ein Ergänzungsvorschlag zur EAV-Durchführungsrichtlinie entwickelt, welcher im Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss abgestimmt wird. Ein bei der Gesellschaft eingerichtetes Softwaresystem gewährleistet, neben einer weitgehenden Automatisierung, die Möglichkeit, die Abrechnungsergebnisse auch durch jedes Verkehrsunternehmen jederzeit nachvollziehen zu können. Das Softwaresystem ist durch die Gesellschaft stetig entsprechend dem Stand der Technik weiterzuentwickeln. Für etwaige Betreiberwechsel wird durch die Gesellschaft eine tagesscharfe Abgrenzung der Einnahmenaufteilung gewährleistet.
- (5) Für die integrierte Anschlussmobilität ist ein Einnahmenanteil Anschlussmobilität definiert, der unmittelbar den Verkehrsverbünden zugewiesen wird (vgl. Anlage B8.1). Die Zusage der Einnahmen auf die einzelnen Verbünde erfolgt mit dem in Anlage B8.2 beschriebenen Verfahren. Die Aufteilung auf die Erlösverantwortlichen innerhalb der Verbünde ist durch die Verbünde auf Grundlage der Regelungen und Verträge zur Einnahmenaufteilung der Verbünde sowie des Vertrages zur Anschlussmobilität (vgl. Anlage B8) zu regeln.

## **Grundlagen der Einnahmenabrechnung**

### **§ 6**

#### **Vorläufige unterjährige Einnahmeverteilung**

- (1) Für den Baden-Württemberg-Tarif wird eine vorläufige unterjährige Einnahmeverteilung vereinbart.
- (2) Für die vorläufige unterjährige Einnahmeverteilung melden die teilnehmenden Verkehrsunternehmen an die Gesellschaft innerhalb von zwei Wochen nach Ablauf eines jeden Kalendermonats (Meldefrist) auf elektronischem Wege entsprechend der im Vertriebskonzept beschriebenen Vertriebsdatenschnittstelle alle in diesem Kalendermonat von ihnen ausgegebenen Fahrausweise des Baden-Württemberg-Tarifs je Vertriebskanal sowie die Summe der Bruttofahrgeldeinnahmen (Monatsmeldung). Zusätzlich sind die von den Verkehrsunternehmen je Vertriebskanal im Vorwegabzug gemäß Vertriebskonzept (vgl. Anlage B4) zur Anrechnung gebrachten Vertriebsprovisionen an die Gesellschaft zu melden. Aus dem Vertriebskonzept ergibt sich je Vertriebskanal auch die maximal zulässige Höhe der Vertriebsprovisionen.  
Bei einer nicht fristgerechten, unvollständigen oder offensichtlich unrichtigen Übermittlung wird die Gesellschaft fehlende Datensätze auf Basis von ihr vorliegenden Erfahrungswerten nach konservativen Maßstäben plausibel abschätzen, wobei im Ergebnis eine Überschätzung der für dieses Verkehrsunternehmen zu erwartenden Einnahmenanteile vermieden werden soll. Eine ggf. nötige Korrektur der Schätzung erfolgt dann mit der Jahresabrechnung nach § 7.
- (3) Die Gesellschaft ermittelt monatlich auf Basis der Daten aus Absatz 2 sowie der Daten etwaiger externer Vertriebsdienstleister, nach Vorwegabzug der Verkaufsprovisionen für externe Vertriebsdienstleister, die den Verkehrsunternehmen zustehenden anteiligen Einnahmen und teilt diese den Verkehrsunternehmen im Rahmen der vorläufigen Abrechnung mit (Monatsabrechnung). Hierzu erstellt die Gesellschaft für das jeweilige Verkehrsunternehmen und etwaige externe Vertriebsdienstleister eine detaillierte Unternehmensstatistik mit Anzahl der verkauften Fahrausweise und Bruttofahrgeldeinnahmen je Fahrausweis und Preisstufe einschließlich Abrechnung (vgl. Vorlage in Anlage A3). Diese Abrechnung je Verkehrsunternehmen enthält auch einen differenzierten Ausweis von Kasseneinnahmen, Einnahmenanspruch und Saldo. Die Berechnungsweise muss nachvollziehbar sein. Hierzu sind auf Wunsch der Verkehrsunternehmen und etwaiger externer Vertriebsdienstleister die der Abrechnung zu Grunde

liegenden Berechnungen offenzulegen. Der Wunsch ist innerhalb von zwei Wochen nach Versand der Abrechnung gegenüber der Gesellschaft schriftlich zu erklären.

Verkehrsunternehmen erhalten zusätzlich zur Unternehmensstatistik eine Übersicht über die auf die verkehrsvertraglich definierten Teilnetze entfallenden, nach den Regeln der Einnahmenaufteilung ermittelten Nachfrage- und Erlöswerte.

Die o. g. Abrechnungen und Berichte werden einschließlich Zahlungsanweisung gemäß Absatz 4 bis spätestens zwei Wochen nach dem Ablauf der Meldefrist online bereitgestellt.

Darüber hinaus gehende Auswertungen und Berichte sind zwischen Veranlasser und der Gesellschaft abzustimmen, die diese vorbehaltlich der Umsetzbarkeit innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens zur Verfügung stellt. Für über Standardauswertungen und -berichte hinausgehende Anfragen wird die Gesellschaft den damit verbundenen Aufwand zu Lasten des Veranlassers separat in Rechnung stellen.

- (4) Übersteigt während eines Monats der von einem Verkehrsunternehmen vereinnahmte Betrag die ihm voraussichtlich zustehenden Einnahmen, so hat es nach Anweisung der Gesellschaft entsprechend Anlage A3 Kassenausgleiche an die Verkehrsunternehmen mit Unterschüssen zu leisten (Ausgleichszahlungen). Bis zum Zugang der Abrechnung verbleiben die kassentechnischen Einnahmen aus dem Baden-Württemberg-Tarif jeweils bei dem Verkehrsunternehmen, das sie eingenommen hat. Die Gesellschaft kann die Einnahmen externer Vertriebsdienstleister und sonstiger Kooperationspartner, nach Abrechnung etwaiger Provisionen, mit den Verkehrsunternehmen aus dem Clearingkonto gemäß § 5 Absatz 3 abrechnen. Der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss kann für neu abzuschließende Verträge von den externen Vertriebsdienstleistern oder von einzelnen Gruppen externer Vertriebsdienstleister zur Absicherung des Zahlungsausfalls die Vorlage einer Bankbürgschaft verlangen.
- (5) Die von der Gesellschaft berechneten Ausgleichszahlungen sind durch jedes Verkehrsunternehmen innerhalb von zwei Wochen nach Zugang der Anweisung zu leisten. Der Kassenausgleich erfolgt durch Zahlungen zwischen den Verkehrsunternehmen sowie etwaigen externen Vertriebsdienstleistern (ggf. auch unter Nutzung des o.g. Clearingkontos). Die Zahlungsströme sind durch die Gesellschaft so festzulegen, dass möglichst geringe Transaktionsvolumina entstehen. Sofern größere Differenzen von Einnahmeanspruch und Kasseneinnahmen absehbar werden, sind vorab bedarfsbezogen, auf entsprechende Aufforderung der Gesellschaft hin, durch die Verkehrsunternehmen sowie etwaige externe Vertriebsdienstleister unter Berücksichtigung eines ggf. bestehenden Clearingkontos Kassenausgleiche zu leisten. Diese Aufforderung zur

Leistung entsprechender Kassenausgleiche kann auch durch ein Verkehrsunternehmen bei der Gesellschaft beantragt werden.

- (6) Die Zahlungsverpflichtung gemäß Absatz 4 besteht in jedem Fall, auch wenn Widerspruch gegen die Richtigkeit der Abrechnung eingelegt wurde. Ein Zurückbehaltungsrecht ist ausgeschlossen. Die zugehörigen Zahlungen bleiben im Falle eines Widerspruchs nach § 10 des TEV bis zur abschließenden Klärung vorläufig.
- (7) Kommen Verkehrsunternehmen ihren Zahlungsverpflichtungen nach diesem Vertrag nicht fristgerecht nach, werden vom Gläubiger zu Lasten des Schuldners die gesetzlichen Verzugszinsen nach § 288 Absatz 2 BGB verschuldensunabhängig und ohne Mahnfrist erhoben.
- (8) Für Verkehrsunternehmen mit begrenztem Einnahmenanteil im Baden-Württemberg-Tarif (kleine Verkehrsunternehmen), für die die Gesellschaft Bruttofahrgeldeinnahmen im Baden-Württemberg-Tarif von bis zu 12.000,- € p. a erwartet (Schwellenwert), kann für diesen Vertrag durch die Gesellschaft ein vereinfachter Datenmelde- und Abrechnungsprozess nach standardisierten Vorgaben eingerichtet werden (vereinfachter Prozess). Voraussetzung ist ein schriftlicher Antrag des betreffenden Verkehrsunternehmens gegenüber der Gesellschaft und eine Genehmigung durch den Geschäftsführer der Gesellschaft. Der Schwellenwert wird vom Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss mindestens alle drei Jahre überprüft und bedarfsbezogen, sachgerecht und nach pflichtgemäßen Ermessen angepasst und anschließend mittels Anlage A2 gegenüber den Verkehrsunternehmen publiziert. Bei Überschreitung des Schwellenwertes in einem Jahr nimmt das Verkehrsunternehmen im Folgejahr automatisch an den regulären Datenmelde- und Abrechnungsprozessen gemäß diesem Vertrag teil.
- (9) Für die kleinen Verkehrsunternehmen kann durch den Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss als vereinfachter Prozess ein Verzicht auf die Teilnahme an der vorläufigen unterjährigen Einnahmeverteilung beschlossen werden. Die betreffenden Verkehrsunternehmen nehmen dann nur an der Jahresabrechnung gemäß § 7 teil.
- (10) Die in diesem § 6 benannten Fristen können durch den Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss vorübergehend oder dauerhaft um jeweils bis zu zwei Wochen verlängert oder eine Woche verkürzt werden.

## **§ 7**

### **Jährliche Endabrechnung**

- (1) Die im zurückliegenden Kalenderjahr insgesamt im Sinne der Aufteilungsmasse erzielten Bruttofahrgeldeinnahmen sind nebst der im Vorwegabzug zur Anrechnung gebrachten Vertriebsprovisionen von den Verkehrsunternehmen auf eigene Kosten durch ihre Abschlussprüferin bzw. durch ihren Abschlussprüfer testieren zu lassen und bis zum 31.03. des Folgejahres an die Gesellschaft auf elektronischem Wege als endgültige Jahresmeldung entsprechend der in der EAV-Durchführungsrichtlinie beschriebenen Vertriebsdatenschnittstelle zuzüglich Testat zu melden (testierte Jahresmeldung). Für die kleinen Verkehrsunternehmen kann durch den Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss als vereinfachter Prozess anstatt der Abgabe einer testierten Jahresmeldung die Abgabe einer vorläufigen Jahresmeldung bis zum 31.03. des Folgejahres auf Antrag gestattet werden. Die testierten Jahresmeldungen sind dann durch diese Verkehrsunternehmen bis zum 30.06. des betreffenden Jahres nachzureichen.

Verkehrsunternehmen, welche ein vom Kalenderjahr abweichendes Geschäftsjahr haben, kann auf Antrag gegenüber der Gesellschaft und nach Beschluss durch den Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss die Testierung ihrer Jahresmeldung innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf ihres Geschäftsjahres genehmigt werden. Im Vorwege der Jahresmeldungen der Verkehrsunternehmen übermittelt die Gesellschaft, zusammen mit der Monatsabrechnung Dezember, je Verkehrsunternehmen die sich auf Basis der Summe der Monatsmeldungen ergebenden Jahressummenwerte des zurückliegenden Kalenderjahres an die Verkehrsunternehmen. Die Gesellschaft nimmt hierbei auch Stellung zur Plausibilität. Die Verkehrsunternehmen melden anschließend bis zum 31.03. eines jeden Jahres etwaige Korrekturmeldungen nach.

- (2) Die Gesellschaft ermittelt auf Basis der Jahresmeldungen gemäß Absatz 1 die den Verkehrsunternehmen im Vorjahr jeweils zustehenden Bruttofahrgeldeinnahmen sowie die nötigen Ausgleichszahlungen zwischen den Verkehrsunternehmen und teilt diese den Verkehrsunternehmen unter Berücksichtigung der im Vorwegabzug zur Anrechnung gebrachten Vertriebsprovisionen im Rahmen der endgültigen jährlichen Endabrechnung (Jahresendabrechnung) bis zum 31.07. eines jeden Jahres mit. § 6 Absätze 3 bis 7 gelten entsprechend.

Etwaiger nach dem 31.07. des betreffenden Jahres auftretender Korrekturbedarf wird mit der Jahresendabrechnung des Folgejahres verrechnet.

Eine vollständige, vorläufige Jahresabrechnung ist bis zum 10.05. eines jeden Jahres durch die Gesellschaft an jedes Verkehrsunternehmen zu übermitteln. Jedes Ver-

verkehrsunternehmen nimmt hierzu anschließend bis zum 30.06. eines jeden Jahres gegenüber der Gesellschaft Stellung zur Plausibilität und teilt ihr einen etwaigen Korrekturbedarf mit. Bei fehlender Stellungnahme zur Plausibilität innerhalb dieser Frist gilt die vorläufige Jahresabrechnung von diesem Verkehrsunternehmen als akzeptiert.

- (3) Durch die Gesellschaft ist den Verkehrsunternehmen sowie etwaigen externen Vertriebsdienstleistern im Anschluss an die Jahresendabrechnung bis zum 30.09. eines jeden Jahres ein zugehöriges Testat vorzulegen (testierte Jahresendabrechnung). Eine unabhängige, vereidigte Wirtschaftsprüferin bzw. ein unabhängiger, vereidigter Wirtschaftsprüfer wird hierzu durch den Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss bestimmt. Der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss kann den Verzicht auf diese Testierung beschließen. Die Testierung des von der Gesellschaft eingesetzten Abrechnungssystems einschließlich etwaiger im Jahresverlauf vorgenommenen Anpassungen ist auf Wunsch des Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss möglich. Auf Beschluss des Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss hin kann für die durch die Verkehrsunternehmen zu stellenden Anträge für SGB IX, § 6a AEG bzw. § 45a PBefG und/oder vergleichbare Regelungen der betreffende Erlösanteil im Wege einer Teil-Testierung durch einen Wirtschaftsprüfer testiert werden.
- (4) Das Ergebnis des mit allen Fortschreibungsdaten aktualisierten jährlichen Lageberichtes (vgl. § 8) ist dem Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss zur Feststellung vorzulegen. Dieser hat hier kein Ablehnungsrecht nach freiem Ermessen. Vielmehr stellt er die sachliche und rechnerische Richtigkeit des Ergebnisses auf der Grundlage dieses Vertrages und der ergänzenden Durchführungsrichtlinien fest. Die Mitteilung ist vorläufig im Sinne der ausstehenden Feststellung des Jahresabschlusses durch die Gesellschafterversammlung der Gesellschaft.
- (5) Die Verkehrsunternehmen stellen sicher, dass in ihren Häusern die technischen und personellen Voraussetzungen zur fristgerechten Durchführung der in § 6 sowie in diesem § 7 benannten Aufgaben gegeben sind und die zuständigen Beschäftigten für Rückfragen der Gesellschaft zur Verfügung stehen. Die Gesellschaft kann sich die Summe der jeweils gemeldeten Einnahmen durch die Verkehrsunternehmen auch unterjährig rückbestätigen lassen.
- (6) Die in diesem § 7 benannten Fristen können durch den Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss vorübergehend oder dauerhaft um jeweils bis zu vier Wochen verlängert oder zwei Wochen verkürzt werden.

## **§ 8**

### **Lagebericht**

- (1) Die Gesellschaft erstellt für die Verkehrsunternehmen und die Aufgabenträgergesellschaft der Gesellschaft (Aufgabenträgergesellschaft) mindestens einmal pro Quartal einen kompakten Bericht (Lagebericht) zur Entwicklung der Nachfrage und der Bruttofahrgeldeinnahmen im Baden-Württemberg-Tarif mit Ausweisung der Eckwerte Tarif- und Linienbeförderungsfälle, Verkehrsleistung und Bruttofahrgeldeinnahmen jeweils in der Differenzierung nach Fahrausweisarten und Verkaufsmonat (vgl. Vorlage in Anlage A4).
- (2) Über den Lagebericht wird auf der nachfolgenden Sitzung des Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss berichtet.

## **§ 9**

### **Prüfungsrecht**

- (1) Zur Einnahmenaufteilung steht den Verkehrsunternehmen gegenüber der Gesellschaft für ihre eigenen Ansprüche, unter Wahrung der Vertraulichkeit der Ansprüche der übrigen Verkehrsunternehmen gemäß § 11, ein Prüfungsrecht zu.
- (2) Für etwaige Prüfungen hält die Gesellschaft sämtliche Unterlagen und Dateien, welche im Zusammenhang mit der Durchführung der Einnahmenaufteilung und der damit zusammenhängenden Angelegenheiten erstellt oder verwendet werden, jederzeit zur Einsichtnahme bereit. Die mit der Durchführung der Einnahmenaufteilung und der damit zusammenhängenden Angelegenheiten bei der Gesellschaft betrauten Beschäftigten stehen den Verkehrsunternehmen zur Auskunftserteilung uneingeschränkt zur Verfügung.
- (3) Von diesem Einsichts- und Auskunftsrecht erfasst sind z. B. auch alle Tatsachen und Unterlagen, welche auf Nachweis- oder Kostenerstattungsbasis zu zahlende Beträge dem Grunde und der Höhe nach belegen.
- (4) Die Prüfung findet in den Räumlichkeiten der Gesellschaft statt. Die mit der Ausübung des Prüfungsrechts betrauten Beschäftigten des Verkehrsunternehmens sind verpflichtet, alle nicht zu ihrem Prüfungsauftrag gehörenden Informationen, die sie bei der

Durchführung der Prüfung erlangen, weder innerhalb noch außerhalb ihres Verkehrsunternehmens weiterzugeben. Hierzu wird vor Beginn der Prüfung eine entsprechende Vertraulichkeitserklärung abgeschlossen.

## **§ 10**

### **Widerspruchsverfahren**

- (1) Jedem Verkehrsunternehmen wird ein Widerspruchsrecht gegen die von der Gesellschaft vorgenommenen Abrechnungen gemäß § 6 und § 7 eingeräumt. Zur Begrenzung der Auswirkungen auf nicht involvierte Verkehrsunternehmen und zur Vermeidung langjähriger Verfahren werden nachfolgende Regelungen und Fristen vereinbart. Die Regelungen zu Verzugszinsen bleiben hiervon unberührt.
- (2) Ein Widerspruch gegen die von der Gesellschaft vorgenommenen Abrechnungen ist an die Geschäftsführung der Gesellschaft zu richten. Hierzu gilt folgendes:
  - a. Der Widerspruch ist innerhalb von vier Wochen nach dem Zugang der Monatsabrechnung bzw. dem Zugang der Jahresendabrechnung schriftlich mit eingeschriebenem Brief zu erklären. Für die Einhaltung dieser Widerspruchsfrist ist das Datum des Posteingangs bei der Gesellschaft maßgebend.
  - b. Im Falle eines Einwands gegenüber einer Monatsabrechnung können die betreffenden Verkehrsunternehmen das Widerspruchsverfahren jederzeit einvernehmlich bis zur Vorlage der zugehörigen Jahresabrechnung aussetzen und/oder in dem betreffenden Kalenderjahr nachfolgende Einwände gegenüber Monatsabrechnungen des betreffenden Kalenderjahres in das Verfahren aufnehmen.
  - c. Der Widerspruch muss eine exakte und vollständige Eingrenzung der mit dem Widerspruch belegten Teile der Abrechnung nebst Begründung beinhalten, einschließlich betroffener Bruttofahrgeldeinnahmen, Fahrausweisarten, Preisstufen, Vertriebswege und Zeiträume. Alle übrigen Teile der Abrechnung gelten als genehmigt.
  - d. Für den Widerspruch kann die Gesellschaft die Nutzung einer standardisierten Widerspruchsvorlage (vgl. Anlage A5) vorgeben, welche dann vollständig ausgefüllt dem Widerspruch gemäß Absatz 2 Nr. a beizufügen ist.
  - e. Widerspruch soll nicht eingelegt werden wegen offenkundiger Unrichtigkeit, welche bereits aus der vorläufigen Jahresabrechnung erkennbar war und gegen die nicht gemäß Buchstabe a widersprochen worden ist.

Auf einen entsprechenden Beschluss des Baden-Württemberg-Tarif-Ausschusses hin soll Widerspruch ferner nicht eingelegt werden wegen offenkundiger Unrichtigkeit, welche bereits aus einer Monatsabrechnung des betreffenden Jahres erkennbar war und gegen die nicht gemäß Buchstabe a widersprochen worden ist. Hierauf ist durch die Gesellschaft in der Widerspruchsvorlage (vgl. Anlage A5) hinzuweisen.

- f. Die Genehmigung der Abrechnungen ist nach Ablauf der Widerspruchsfrist innerhalb von fünf Werktagen gegenüber den Verkehrsunternehmen durch die Gesellschaft schriftlich festzustellen (Genehmigungsfeststellung). Auf die ggf. mit einem Widerspruch belegten Teile der Abrechnung ist hierbei hinzuweisen. Diese sind von der Genehmigung ausgenommen.
  - g. Auf schriftlichen Antrag eines Verkehrsunternehmens gegenüber der Gesellschaft innerhalb von fünf Werktagen nach Versand der Genehmigungsfeststellung hat der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss diese auf seiner nächsten ordentlichen Sitzung zu überprüfen und hinsichtlich der Abgrenzung der unstrittigen von den strittigen Teilen der Abrechnung gemäß Buchstabe c ggf. anzupassen sowie hinsichtlich Buchstabe e ein Votum abzugeben.
- (3) Widersprüche der Verkehrsunternehmen sind von der Gesellschaft zu prüfen und, bei begründeten Einwendungen, mit den betreffenden Verkehrsunternehmen gemäß nachfolgendem Verfahren und Fristen abzustimmen und zu korrigieren. Gleiches gilt für von der Gesellschaft selbst geäußerte Einwendungen. Nach Herstellung des Einvernehmens zur betreffenden Abrechnung (vollständige Genehmigung) sind die Verkehrsunternehmen hierüber unverzüglich schriftlich durch die Gesellschaft zu informieren. Die Differenzbeträge werden anschließend mit den Ausgleichsbeträgen der übernächsten Monatsabrechnung auf entsprechende Aufforderung der Gesellschaft hin verrechnet.
- (4) Die Gesellschaft strebt im ersten Schritt die Herstellung eines Einvernehmens im direkten Austausch mit den betreffenden Verkehrsunternehmen an. Hierzu gilt folgendes:
- a. Unverzüglich nach dem Zugang des Widerspruchs wird der Einwand durch die Geschäftsführung der Gesellschaft mit den betreffenden Verkehrsunternehmen erörtert und eine Einigung versucht.
  - b. Kann zwischen der Geschäftsführung der Gesellschaft und den betreffenden Verkehrsunternehmen kein Einvernehmen erzielt werden, ist durch die Gesellschaft innerhalb von acht Wochen nach dem Zugang des Widerspruchs bei der Gesellschaft der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss einzuladen.

- c. Innerhalb von acht Wochen nach Versand der Einladung gemäß Buchstabe b soll sich der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss mit der Thematik befassen und auf eine Einigung hinwirken, ggf. auch mittels zusätzlicher Sitzungen innerhalb dieser Frist.
  - d. Bei fehlendem Einvernehmen innerhalb der Frist gemäß Buchstabe c wird durch die Gesellschaft gegenüber den betreffenden Verkehrsunternehmen innerhalb von fünf Werktagen nach Ablauf dieser Frist schriftlich festgestellt, dass dem Widerspruch nicht abgeholfen werden kann.
- (5) Innerhalb von vier Wochen nach Versand der Feststellung gemäß Absatz 4 Buchstabe d steht es jedem der betreffenden Verkehrsunternehmen frei, bei der Gesellschaft die Beauftragung einer gemeinschaftlich auszuwählenden Schlichterin bzw. eines gemeinschaftlich auszuwählenden Schlichters zu beantragen. Nach Ablauf dieser Frist gilt die Abrechnung in ihrer ursprünglichen Form als genehmigt.
- (6) Innerhalb von sechs Wochen nach Beantragung gemäß Absatz 5 soll eine bzw. ein fachlich und im Interessenausgleich versierte Schlichterin bzw. versierter Schlichter auf Vorschlag der Gesellschaft gemeinschaftlich durch die betreffenden Verkehrsunternehmen ausgewählt werden, bei fehlender Einigung nach Ablauf dieser Frist entscheidet die Gesellschaft innerhalb einer weiteren Woche. Die Schlichterin bzw. der Schlichter wird anschließend von der Gesellschaft beauftragt. Ein Interessenkonflikt aus ggf. parallel laufenden Mandaten der Schlichterin bzw. des Schlichters ist zu vermeiden. Die Kosten der Schlichtung sowie die bei der Gesellschaft ab diesem Zeitpunkt aufgrund des Widerspruchsverfahrens zusätzlich entstehenden Kosten (einschließlich Kosten der Gesellschaft für zusätzliche Datenerhebungen) werden durch die Gesellschaft ausgelegt. Diese Kosten werden, analog § 91a ZPO, nach dem Verhältnis Ob-siegen/Verlieren hinsichtlich des streitigen Einnahmenanteiles gemäß Schiedsspruch von dem bzw. den betreffenden Verkehrsunternehmen getragen. Die Gesellschaft stellt die Kosten nach Abschluss des Widerspruchsverfahrens innerhalb von vier Wochen entsprechend der Schlichtung mit einer Zahlungsfrist von vier Wochen in Rechnung. § 3 Absatz 9 gilt entsprechend.
- (7) Innerhalb von 16 Wochen ab dem Zeitpunkt der Beauftragung der Schlichtung durch die Gesellschaft soll durch die Schlichterin bzw. den Schlichter mit den betreffenden Verkehrsunternehmen eine Schlichtung versucht werden (Schlichtungsfrist). Bei Bedarf für eine darüber hinausgehende zusätzliche Datenerhebung (einschließlich zugehörigem Gutachten), z.B. im Wege einer gesonderten Marktforschung bei Paral-

lelverhalten, kann diese einvernehmlich durch die betreffenden Verkehrsunternehmen bei der Gesellschaft beantragt werden. Diese wird durch die Gesellschaft durchgeführt oder eigenständig extern beauftragt. Das Widerspruchsverfahren wird in diesem Fall bis zur Vorlage des zugehörigen Endberichts für maximal zwölf Monate ausgesetzt. Die Durchführungsrichtlinie zur Marktforschung ist zu beachten.

- (8) Die Schlichterin bzw. der Schlichter beendet ihre bzw. seine Tätigkeit – wenn keine Einigung erzielt werden kann – mit einem Kompromissvorschlag (Schlichtungsspruch), welcher durch die Gesellschaft an die betreffenden Verkehrsunternehmen innerhalb der Schlichtungsfrist schriftlich zu übermitteln ist. Nach Ablauf der Schlichtungsfrist steht es jedem Verkehrsunternehmen innerhalb einer Nachfrist von einem Monat frei, gegenüber der Gesellschaft schriftlich mit eingeschriebenem Brief Einwendungen gegen den Schlichtungsspruch zu erheben. Nach Ablauf dieser Nachfrist gilt der Schlichtungsspruch als genehmigt. Klage gegen die mit Widerspruch belegten Abrechnung(en) ist nur innerhalb einer Frist von einem Monat nach Versand des Schlichtungsspruchs zulässig.

## **§ 11 Vertraulichkeit**

- (1) Die Einnahmemeldungen und Vertriebsdaten sowie die Abrechnungsdaten nach diesem Vertrag (Vertragsdaten) sind vertraulich zu behandeln. Sie gelten als Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und dürfen gegenüber Dritten (einschließlich anderer Verkehrsunternehmen und deren Beauftragten) nicht offen gelegt oder anderweitig zugänglich gemacht werden. Die Verwendung der Vertragsdaten über die in diesem Vertrag genannten Zwecke hinaus – auch in Teilen oder Teilauswertungen – kann nur mit Zustimmung der betreffenden Verkehrsunternehmen erfolgen. Dies gilt auch, falls zum Zwecke der Vereinfachung der Abrechnungsprüfung die vollständige Offenlegung der Vertragsdaten zwischen den Verkehrsunternehmen nach deren Zustimmung zugelassen werden soll.

Aufgabenträgergesellschaften erhalten auf Anforderung von der Gesellschaft für die in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Verkehre im Gültigkeitsbereich des Baden-Württemberg-Tarifs einen vollen Datenzugang. Voraussetzung hierfür ist, dass sie nach den jeweiligen verkehrsvertraglichen und ergänzenden Regelungen einen Anspruch auf die Herausgabe von Einnahmemeldungen, Vertriebsdaten und/oder sonstigen Daten und Informationen haben oder mit einer Vergabevorbereitung beginnen. Es

ist Ihnen gestattet, diese Daten im Umfang der verkehrsvertraglichen Regelungen sowie im für das Vergabeverfahren nötigen Rahmen bedarfsbezogen zu nutzen. Gesetzliche Offenlegungs- und Mitteilungspflichten bleiben im Übrigen hiervon unberührt.

Die Pflicht zur Vertraulichkeit gilt auch für diesen Vertrag und seiner Anlagen.

- (2) Die Gesellschaft wird, entsprechend dem jeweiligen Stand der Technik, alle notwendigen und wirtschaftlich vertretbaren Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit der ihr anvertrauten Daten und Informationen ergreifen und über die getroffenen Maßnahmen auf Anforderung der Verkehrsunternehmen Auskunft erteilen. Dies betrifft insbesondere die technische und organisatorische Absicherung der elektronischen Datenbanken und aller weiteren vertraulich zu behandelnden elektronisch gespeicherten, gedruckten oder handschriftlich dokumentierten Informationen vor unbefugtem Zugang. Dies beinhaltet auch die Aufklärung der Beschäftigten der Gesellschaft über die erforderlichen Maßnahmen zur Wahrung der Vertraulichkeit sowie die Verpflichtung dieser Beschäftigten zur Einhaltung der Vertraulichkeit nach Maßgabe der Anlage A6, welche durch den Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss bedarfsbezogen weiter konkretisiert werden kann.
- (4) Die Pflicht zur Vertraulichkeit gemäß diesem § 11 besteht für die Vertragspartner auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort.
- (5) Externe Vertriebsdienstleister werden durch die Gesellschaft analog diesem § 11 zur Vertraulichkeit verpflichtet

## **§ 12**

### **Schadensersatzregelungen**

- (1) Die Gesellschaft hat im Rahmen ihrer Berichte nach § 6 und § 7 in einer Gesamtübersicht über alle Verkehrsunternehmen über die vertragsgemäße und nicht vertragsgemäße Datenlieferung je Verkehrsunternehmen seit dessen Eintritt in den Vertrag zu informieren. Dies schließt die Anzahl der Verstöße sowie die Gesamtzahl der Verzugsstage seit Aufnahme in diesen Vertrag ein.
- (2) Im Wiederholungsfalle einer nicht vertragsgemäßen Datenlieferung durch ein Verkehrsunternehmen kann die Geschäftsführung der Gesellschaft den Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss informieren. Dieser kann der Geschäftsführung der Ge-

sellschaft danach empfehlen, bis zur vollständigen Datenlieferung für das betreffende Verkehrsunternehmen von der Schätzung gemäß § 6 Absatz 2 einen Sicherheitsabschlag von bis zu 10 % abzuziehen.

- (3) Für die nicht vertragsgemäße Datenlieferung entstehen bei der Gesellschaft zusätzliche Kosten, die durch die Gesellschaft als Schadenersatz ab dem zweiten Wiederholungsfalle geltend gemacht werden. Die Höhe des diesbezüglichen Schadenersatzes orientiert sich an dem bei der Gesellschaft voraussichtlich entstehenden Mehraufwand und wird nachfolgend durch die Vertragspartner gemeinsam pauschal festgelegt. Sie beträgt im Falle eines Verzugs von mehr als zehn Werktagen für jeden Versäumnisfall einmalig 500 € zuzüglich 500 € je angefangener Kalenderwoche, maximal jedoch 2 % des Einnahmeanspruchs des jeweiligen Verkehrsunternehmens des betreffenden Kalenderjahres. Die Gesellschaft ist berechtigt, weitergehende Schäden (wie z.B. verzugsbedingt zusätzlich bei externen Gutachtern, Beratern oder Anwälten entstehende Kosten) geltend zu machen.
- (4) Der im abgelaufenen Monat gemäß Absatz 3 angefallene Schadenersatz wird zusammen mit den Abschlagszahlungen entsprechend der Regelungen gemäß § 3 durch die Gesellschaft in Rechnung gestellt.
- (5) Innerhalb der ersten drei Monate nach Beginn der erstmaligen Teilnahme an der Einnahmenaufteilung und Abrechnung gemäß § 6 gelten die Regelungen nach Absatz 1, 2 und 3 für das jeweilige Verkehrsunternehmen nicht.
- (6) Bei Meinungsverschiedenheiten über die ordnungsgemäße Erfüllung dieses Vertrages entscheidet der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss in seiner nächsten Sitzung nach Anhörung der betreffenden Vertragspartner hierüber, wobei § 10 von dieser Regelung ausgenommen ist.

## **Beginn und Ende des Vertragsverhältnisses**

### **§ 13**

#### **Aufnahme von Verkehrsunternehmen**

(1) Unternehmen, die

- a. im Geltungsbereich des Baden-Württemberg-Tarifs im Sinne des § 2 Absatz 5 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) SPNV betreiben, oder nachweisen können, dass sie entsprechende SPNV Betriebsleistungen erbringen werden und/oder
- b. im Geltungsbereich des Baden-Württemberg-Tarifs eigen- oder gemeinwirtschaftlich öffentlichen straßengebundenen Personennahverkehr (ÖSPV) mit Straßenbahnen und/oder mit Kraftfahrzeugen im Linienverkehr nach §§ 42, 43 Nr. 2 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) mit eigener Konzession betreiben oder nachweisen können, dass sie entsprechende ÖSPV Betriebsleistungen erbringen werden

haben einen Anspruch auf Aufnahme in diesen Vertrag, sofern nicht wichtige Gründe, wie sie beispielsweise im § 14 Absatz 1 benannt sind, dagegensprechen. Für die Aufnahme in diesen Vertrag ist ein schriftlicher Nachtrag zu diesem Vertrag erforderlich. Sie werden auf Antrag gegenüber der Gesellschaft und Zustimmung der übrigen Verkehrsunternehmen mit Unterzeichnung Vertragspartner dieses Vertrages, wobei die Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigert werden darf. Anschließend erhält jedes Verkehrsunternehmen eine Ausfertigung.

(2) Unternehmen des öffentlichen Personenfernverkehrs, deren Verkehre nicht dem ÖPNV zuzuordnen sind, können ebenfalls als Verkehrsunternehmen Vertragspartner werden. Für diese Fernverkehrsunternehmen gelten dann ergänzend die nachfolgenden Regelungen:

- a. Eine Einbindung in diesen Vertrag ist nur für Teilnetze und Relationen möglich, die vollständig innerhalb des Geltungsbereichs des Baden-Württemberg-Tarifs liegen. Die Fernverkehrsunternehmen können selbstständig entscheiden, welche Teilnetze oder Relationen in den Baden-Württemberg-Tarif aufgenommen werden sollen. Für diese Teilnetze und Relationen wird eine nicht exklusive Anerkennung des Baden-Württemberg-Tarifs gemäß den nachfolgenden Regelungen vereinbart.
- b. Für die Nutzung von Angeboten des Fernverkehrs ist für die nach a eingebundenen Teilnetze und Relationen kundenseitig ein Fernverkehrsaufpreis zu

entrichten. Sofern nach § 13 (2) g nicht anders geregelt, beträgt der Fernverkehrsaufpreis für den mit dem Fernverkehr zurück gelegten Teilweg 25% des regulären Fahrpreises des Baden-Württemberg-Tarifs (einschließlich des Preisbestandteils für die integrierte Anschlussmobilität). Es gelten die gleichen Ermäßigungen wie beim Baden-Württemberg-Tarif (Kinder, BahnCard, Gruppen etc.).

- c. Der Fernverkehrsaufpreis ist gesondert zu lösen. Hierbei sind die Stationen, an denen in den Fernverkehr ein- und ausgestiegen wird, anzugeben. Die Nutzung des Fernverkehrs ist nur in Verbindung mit dem regulären Fahrausweis des Baden-Württemberg-Tarifs zulässig. Zu welchen Fahrausweisarten im Einzelnen ein Übergang in den Fernverkehr gelöst werden kann, ist im Tarifkonzept geregelt.
- d. Die Einnahmen aus dem Verkauf des Fernverkehrsaufpreises stehen den Fernverkehrsunternehmen, die die gelöste Relation bedienen und diesen Vertrag abgeschlossen haben, zu.
- e. Zusätzlich zu den Einnahmen aus dem Verkauf des Fernverkehrsaufpreises stehen den Fernverkehrsunternehmen entsprechend der Anzahl der verkauften Fernverkehrsaufpreise anteilige Einnahmen aus dem Verkauf der regulären Fahrausweise des Baden-Württemberg-Tarifs zu. Die Erlösansprüche für die jeweilige Fernverkehrsrelation werden anteilig von Einnahmen auf den Nahverkehrsrelationen, die den entsprechenden Teilweg des Fernverkehrs enthalten, abgezogen.
- f. Vertrieb und Abrechnung des Fernverkehrsaufpreises erfolgen, soweit nicht anders geregelt, entsprechend den Regelungen für das Basissortiment des Baden-Württemberg-Tarifs. Jedes Fernverkehrsunternehmen ist verpflichtet, den Fernverkehrsaufpreise für seine in den Baden-Württemberg-Tarif integrierten Relationen zu vertreiben. Bietet ein Fernverkehrsunternehmen darüber hinaus auch den Verkauf des übrigen Sortiments des Baden-Württemberg-Tarifs an, ist dieses entsprechend den Regelungen, die für die übrigen Vertragspartner gelten, zu vertreiben. Die Vertriebskanäle, über die Fernverkehrs-Übergänge anzubieten sind, sind im Vertriebskonzept festgelegt.
- g. Den Fernverkehrsunternehmen ist es freigestellt, alternative Vorschläge zur Ausgestaltung der tariflichen und vertrieblichen Regelungen, anzubieten, sofern die Vorgaben nach (b) und (c) eingehalten werden, wobei der in (b) genannte Zuschlag als Mindestzuschlag anzusehen ist. Über die Zulässigkeit dieser alternativen Vorschläge befindet der Baden-Württemberg-Tarif-

Ausschuss. Die diesbezügliche ergänzende Ausgestaltung ist dann im Tarifkonzept, in der EAV-Durchführungsrichtlinie sowie im Vertriebskonzept ergänzend zu regeln.

- h. Bei alternativen vertrieblichen Regelungen sind die Erlösansprüche des Fernverkehrsunternehmens durch die Fernverkehrsunternehmen mit geeigneten Verfahren zweifelsfrei zu belegen. Kosten für den Vertrieb und die Abrechnung des Fernverkehrsaufpreises, die dem Fernverkehrsunternehmen hieraus entstehen, können nicht geltend gemacht werden.

- (3) Für ÖPNV-Verkehrsunternehmen aus der Gruppe der Verkehrsunternehmen des SPNV sowie aus der Gruppe der Verkehrsunternehmen des ÖSPV, die auf einen Beitritt zur Gesellschaft als Gesellschafter verzichten, ermöglicht die Gesellschaft für je eine Vertreterin bzw. einen Vertreter dieser beiden Gruppen ein stimmrechtsloses Gastrecht im Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss. Zur Sicherung der Einbindung in den Prozess der Abstimmung zum Baden-Württemberg-Tarif verpflichten sich diese Verkehrsunternehmen, je zugehöriger Gruppe einvernehmlich jeweils eine Vertreterin bzw. einen Vertreter nebst Stellvertretung für die Amtszeit des Baden-Württemberg-Tarif-Ausschusses gegenüber der Gesellschaft zu benennen. Dieser soll die zugehörigen Verkehrsunternehmen über die laufende Weiterentwicklung des Baden-Württemberg-Tarifs informieren und ihre Interessen im Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss vertreten.

Darüber hinaus ist diesen Verkehrsunternehmen analog den Verkehrsunternehmensgesellschaftern gestattet, Maßnahmen zur Anpassung von Tarifhöhen unter Maßgabe des nach § 1 Absatz 3 ausgearbeiteten Regelwerks spätestens acht Monate vor Inkrafttreten der Maßnahme als verkehrsunternehmensspezifische Variation der Tarifiernung bei der Gesellschaft schriftlich zu beantragen. Diesbezüglich entscheidet jeweils der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss im Abgleich mit den Anforderungen des Tarifkonzepts. Kleinen Verkehrsunternehmen wird ferner gegenüber dem jeweils zuständigen Gremium der Gesellschaft ein Petitionsrecht eingeräumt.

## **§ 14**

### **Kündigung von Vertragspartnern**

- (1) Ohne Zustimmung des betroffenen Verkehrsunternehmens können die übrigen Verkehrsunternehmen die Kündigung dieses Vertrages gegenüber dem Verkehrsunternehmen schriftlich mit eingeschriebenem Brief erklären, wenn

- (a) das Verkehrsunternehmen vorsätzlich, grob fahrlässig oder trotz Abmahnung durch die Gesellschaft gegen wesentliche Pflichten verstößt, die ihm nach diesem Vertrag obliegen. Hierzu zählen auch die Mitwirkungspflichten gemäß § 6, § 7, § 9 und § 10 sowie Fälle bei denen
  - (b) das Verkehrsunternehmen seine Zahlungen nicht gemäß den in diesem Vertrag getroffenen Vereinbarungen erbringt und ein Zahlungsrückstand von mehr als drei Monatsbeiträgen aufgelaufen ist.
- (2) Die Abwicklung der Kündigung erfolgt durch die Geschäftsführung der Gesellschaft. § 15 Absatz 2 gilt entsprechend.
- (3) Die Kündigung wird mit Zugang der Kündigung beim betreffenden Verkehrsunternehmen wirksam. Ab diesem Tag ist das betroffene Verkehrsunternehmen vom Recht auf Teilnahme an der Einnahmenaufteilung ausgeschlossen.
- (4) Ab dem Tag, an dem die Teilnahme an der Einnahmenaufteilung endet, ist das betroffene Verkehrsunternehmen vom Mitbestimmungsrecht zu Kündigungen gemäß Absatz 1 sowie vom Recht auf Anwendung des Baden-Württemberg-Tarifs nebst den hierzu getroffenen Regelungen im Bereich Vertrieb, Kommunikation, Infrastruktur und Technik sowie Marktforschung ausgeschlossen. Regelungen aus Verkehrsverträgen, Finanzierungszusagen und sonstigen Vereinbarungen zwischen Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen bleiben hierdurch unberührt.

Zeitgleich ist das Verkehrsunternehmen auch vom Mitbestimmungsrecht zu Änderungen betreffend diesen Vertrag ausgeschlossen, mit Ausnahme von Vertragsveränderungen die das Verkehrsunternehmen bis zur endgültigen Abrechnung (zusätzlich) wirtschaftlich direkt in negativer Weise betreffen könnten. Die Teilnahme an der Einnahmenaufteilung sowie die o. g. Anwendungsrechte hierzu bis zu diesem Tag gemäß Satz 1 bleiben hiervon unberührt.
- (5) Die Abrechnung der abschließenden Zahlungsansprüche aus diesem Vertrag erfolgt durch die Gesellschaft nach den regulären Verfahrensweisen. Unmittelbar nach Ausgleich aller Zahlungsansprüche melden die übrigen Vertragspartner darüber hinaus unverzüglich jeweils schriftlich den Ausgleich an die Gesellschaft. Anschließend stellt die Gesellschaft für die übrigen Verkehrsunternehmen gegenüber dem austretenden Verkehrsunternehmen schriftlich den Abschluss der endgültigen Abrechnung fest, womit das Vertragsverhältnis mit diesem Verkehrsunternehmen automatisch beendet wird. Vertragliche Bestimmungen, die durch diesen Vertrag abgelöst wurden, leben

durch die Vertragsbeendigung nicht wieder auf.

- (6) Entsteht für die nach Absatz 5 fälligen Zahlungen teilweise oder vollständig ein Zahlungsrückstand von mehr als drei Monaten, stellt die Gesellschaft gegenüber dem betreffenden Verkehrsunternehmen sowie gegenüber dem Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss den vorläufigen Zahlungsausfall fest. Für Zahlungen, für die das Widerspruchsverfahren nach § 10 eingeleitet wurde, wird diese Feststellung eines vorläufigen Zahlungsausfalls bis zum Abschluss des Widerspruchsverfahrens ausgesetzt. Nach Feststellung eines vorläufigen Zahlungsausfalls hat die Gesellschaft unverzüglich gegenüber dem betreffenden Verkehrsunternehmen so lange alle nötigen Rechtsmittel einzulegen, bis der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss einen endgültigen Zahlungsausfall feststellt, wobei dieser die Feststellung nur aus wichtigem Grund verweigern darf.
- (7) Im Anschluss an die Feststellung des endgültigen Zahlungsausfalls wird der bei den übrigen Verkehrsunternehmen und bei der Gesellschaft insgesamt entstandene Zahlungsausfall im Verhältnis der Anteile aus der Einnahmenaufteilung gemäß der (testierten) Jahresendabrechnung des den Zahlungsausfall jeweils betreffenden Jahres durch die übrigen Verkehrsunternehmen getragen. Die Abrechnung gegenüber den übrigen Verkehrsunternehmen wird durch die Gesellschaft mit der nächsten Jahresendabrechnung vorgenommen. § 6 Absätze 3 bis 7 gelten entsprechend. Können nach Feststellung des endgültigen Zahlungsausfalls noch Zahlungen vom säumigen Verkehrsunternehmen realisiert werden, so werden diese auf Basis einer Abrechnung der Gesellschaft zwischen den übrigen Verkehrsunternehmen im Verhältnis der o. g. Anteile aus der Einnahmenaufteilung aufgeteilt.

## **§ 15**

### **Vertragsdauer und –kündigung**

- (1) Dieser Vertrag tritt zum 01.01.2018 in Kraft.
- (2) Jeder Partner dieses Vertrages kann diese Vereinbarung mit einer Frist von zwölf Monaten zum Jahresende durch eingeschriebenen Brief ohne Angabe von Gründen kündigen. Die Kündigung ist an die Geschäftsführung der Gesellschaft zu richten. Für die Einhaltung der Frist ist das Datum des Posteingangs bei der Gesellschaft maßgebend.


Die Gesellschaft setzt die anderen Verkehrsunternehmen hierüber unverzüglich in Kenntnis.

- (3) Bei Ausscheiden eines oder mehrerer Verkehrsunternehmen wird der Vertrag nicht aufgelöst, sondern von den verbleibenden Verkehrsunternehmen fortgesetzt. Mit Wirksamkeit der Kündigung endet automatisch auch die Teilnahme des betreffenden Verkehrsunternehmens an der Einnahmenaufteilung. § 14 Absatz 5 und 6 gelten entsprechend.
- (4) Das Recht zur fristlosen Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Wichtige Gründe sind insbesondere:
  - a. die Beendigung aller Verkehrsdienstleistungen im Geltungsbereich des Baden-Württemberg-Tarifs,
  - b. die Einstellung des Betriebs sowie
  - c. die Einstellung ausstehender der Zahlungen.Mit der Wirksamkeit der Kündigung endet automatisch auch die Teilnahme des betreffenden Verkehrsunternehmens an der Einnahmenaufteilung. Die Formvorschriften des Absatzes 2 sowie des § 14 Absatz 3, 4, 5 und 6 gelten entsprechend.
- (5) Unabhängig von den Absätzen 2 und 4 endet das Vertragsverhältnis mit Verkehrsunternehmen automatisch, sobald diese nicht mehr an der Einnahmenaufteilung gemäß § 1 Absatz 4 beteiligt sind. Einer gesonderten Kündigung bedarf es nicht. Die Formvorschriften des Absatz 2 und 3 sowie des § 14 Absatz 3, 4, 5 und 6 gelten entsprechend.
- (6) Der Vertrag endet außerdem, ohne dass es einer Kündigung bedarf, wenn der Baden-Württemberg-Tarif keine Anwendung mehr findet.
- (7) Die Verkehrsunternehmen sind berechtigt, ihre Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf die mit ihnen verbundenen Unternehmen i.S.d. § 15 AktG zu übertragen, ohne dass es der Zustimmung der übrigen Verkehrsunternehmen bedarf. Veränderungen in diesem Zusammenhang sind der Gesellschaft frühzeitig, jedoch mindestens drei Monate vor Wirksamwerden, schriftlich mit eingeschriebenem Brief anzuzeigen. Die Gesellschaft informiert die übrigen Verkehrsunternehmen daraufhin umgehend. Bei der Gesellschaft hierdurch zusätzlich entstehende Kosten sind durch das betreffende Verkehrsunternehmen zu tragen.

## **Sonstige Regelungen**

### **§ 16**

#### **Übergangsregelungen**

- (1) Mit dem marktseitigen Start des Baden-Württemberg-Tarifs treten alle übrigen bis dato bestehenden Regelungen zur Tarifierstellung und zur Einnahmeverteilung aus Vereinbarungen zwischen Verkehrsunternehmen außer Kraft, soweit sie sich auf den Geltungsbereich des Baden-Württemberg-Tarifs beziehen. Die Verkehrsunternehmen beauftragen die Gesellschaft mit der übergreifenden organisatorischen Steuerung der Aufhebung dieser Verträge und ihrer Abwicklung einschließlich einer etwaigen Überführung auf den Baden-Württemberg-Tarif.
- (2) Für die ersten acht Abrechnungsmonate nach Inkrafttreten dieses Vertrages kann, nach Beschluss des Baden-Württemberg-Tarif-Ausschusses, von den Fristen für die Einnahmemeldung und/oder die Einnahmenabrechnung gemäß § 6 vorübergehend mittels einer Verlängerung um jeweils bis zu 16 Wochen abgewichen werden. Gleiches gilt für die Fristen gemäß § 7, welche durch den Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss für die erste Jahresabrechnung um bis zu sechs Monate verlängert werden können.  
 § 11 kommt in diesen Zeiträumen nicht zur Anwendung.
- (3) Für das erste Jahr umfasst der Abrechnungszeitraum anstatt eines Kalenderjahres die Zeitspanne vom marktseitigen Start ab dem 09.12.2018 bis einschließlich 31.12.2019.

### **§ 17**

#### **Schlussbestimmungen**

- (1) Änderungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die Abbedingung dieser Schriftformklausel.
- (2) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Stuttgart.

## **§ 18**

### **Salvatorische Klausel**

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, oder sollte sich in diesem Vertrag eine Lücke befinden, so soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt werden. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung ist eine solche wirksame Bestimmung zu vereinbaren, welche dem Sinn und Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung entspricht. Im Falle einer Lücke ist diejenige Bestimmung zu vereinbaren, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck dieses Vertrages vereinbart worden wäre, hätte man die Angelegenheit von vornherein bedacht. Dies gilt auch dann, wenn die Unwirksamkeit oder Undurchführbarkeit einer Bestimmung auf einem in diesem Vertrag normierten Maß der Leistung oder Zeit beruht; in solchen Fällen ist ein dem Gewollten möglichst nahekommendes, rechtlich zulässiges Maß der Leistung oder Zeit anstelle des vereinbarten zu vereinbaren.

Unterzeichnung:

---

Abellio Rail Baden-Württemberg GmbH

---

Albtal-Verkehrs-Gesellschaft mbH

---

Bodensee-Oberschwaben-Bahn GmbH & Co. KG

---

DB Regio AG

---

Go-Ahead Baden-Württemberg GmbH

---

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

---

SBB GmbH

---

SWEG Südwestdeutsche Verkehrs-Aktiengesellschaft

---

Württembergische Eisenbahn-Gesellschaft mbH

---

Baden-Württemberg-Tarif GmbH

## **ANLAGENVERZEICHNIS**

### **A. Anlagen**

1. Geplante Gesamtkosten der aktuellen Periode [Arbeitsvorlage, noch auszuarbeiten]
2. Vertragsbedingungen für Schwellenwertunternehmen [Arbeitsvorlage, noch auszuarbeiten]
3. Vorlage für eine Abrechnung [Arbeitsvorlage, noch auszuarbeiten]
4. Vorlage für einen Lagebericht [Arbeitsvorlage, noch auszuarbeiten]
5. Widerspruchsvorlage [Arbeitsvorlage, noch auszuarbeiten]
6. Vertraulichkeitsverpflichtung für die Beschäftigten der Gesellschaft [Arbeitsvorlage, noch auszuarbeiten]
7. Geplante Gesamtkosten für die ersten drei Geschäftsjahre nach dem marktseitigen Start [Arbeitsvorlage, noch auszuarbeiten]
8. Fristenübersicht [Arbeitsvorlage, noch auszuarbeiten]

### **B. Informatorische Anlagen**

1. Tarifkonzept, mit Anhängen
  1. Sortiment des Baden-Württemberg-Tarifs, Stufe 1 [noch final abzustimmen]
  2. Definition der Tarifgebiete und der Regelungen zur Anschlussmobilität [noch final abzustimmen]
  3. Tarifentfernungen zwischen den Tarifgebieten [noch auszuarbeiten]
2. Tarifbestimmungen [noch final abzustimmen]
3. EAV-Durchführungsrichtlinie
4. Vertriebskonzept, mit Anhängen
  1. Tarif- und Vertriebsdatenschnittstellen
  2. Fahrausweislayout (Orientierungshilfe)
  3. Technisches Konzept
  4. Lizenzierungsvertrag E-Ticket Vertrieb
5. Kommunikationsrichtlinie
6. Durchführungsrichtlinie zur Marktforschung [noch auszuarbeiten]
7. Organisationskonzept

8. Vertrag zur Anschlussmobilität [noch auszuarbeiten], mit Anhängen
  1. EAV-Durchführungsrichtlinie zwischen dem Einnahmenanteil Verbundüberschreitender Verkehr sowie dem Einnahmenanteil Anschlussmobilität [noch auszuarbeiten]
  2. EAV-Durchführungsrichtlinie für den Einnahmenanteil Anschlussmobilität [noch auszuarbeiten]
9. Sonstige Kooperationsverträge
  1. Vertrag zur Anerkennung der BahnCard im Baden-Württemberg-Tarif [noch auszuarbeiten]
  2. Vertrag mit dem Servicecenter Fahrgastrechte [noch auszuarbeiten]